

## **Der Krieg ist aus, aber der Frieden noch nicht im Griff**

Von Kunda Dixit (\*)

KATHMANDU (IPS) -- Wenn alles gut geht, werden die Maoisten in den nächsten Wochen in die Regierung von Premierminister GP Koirala eintreten.

Vom Krieg im Untergrund in die öffentliche Politik: eine dramatische Veränderung vollzieht sich in dieser revolutionäre Gruppe, die vor 11 Jahren den bewaffneten Aufstand ausgerufen hatte und im letzten Jahr beschloss, die Waffen niederzulegen.

Die Maoisten haben gemerkt, dass ein militärischer Sieg nicht mehr realistisch ist und dass weder das riesige Nachbarland China im Norden, die Heimat von Mao Tse Tung, noch Indien im Süden jemals zulassen würden, dass sie die Macht im Land mit Waffengewalt an sich reißen. So waren sie bereit im vergangenen Jahr gemeinsame Sache mit den politischen Parteien bei der Niederringung des Staatsstreiches des autokratischen Königs Gyanendra zu machen.

Nach dreiwöchigen Volksaufständen wurde der König im April 2006 gezwungen, das Parlament wieder einzusetzen. Seit dem hat die regierende Koalition von sieben Parteien einen Friedensvertrag mit den Maoisten geschlossen und die Vereinten Nationen dazu gewonnen, den Prozess der Waffenniederlegung, die Annahme einer vorläufigen Staatsverfassung und die Vereidigung eines vorläufigen Parlaments, an dem die Maoisten beteiligt sind, zu überwachen.

Der nächste Schritt ist die Bildung einer neuen Regierung mit maoistischen Ministern, die die Wahlen für eine verfassungsgebende Versammlung vorbereiten soll. Bis Ende des Jahres soll ein endgültiger Verfassungsentwurf für den Staat Nepal vorliegen.

Der Weg ist bisher steinig gewesen. Der Prozess kam mehrmals völlig zum Stillstand und verzögerte sich immer wieder. Der Waffenstillstand hat aber gehalten und der Friedensprozess geht voran. Letztes Jahr um diese Zeit wurden in einem Konflikt mehr als 40 Menschen getötet und die Zukunft sah schwarz aus. Der Krieg ist zwar beendet, das bedeutet aber nicht, dass Nepal im Frieden lebt.

Die letzte Komplikation waren die plötzlichen Forderungen nach freier Vertretung und Selbstbestimmung von vielen der 103 ethnischen Gruppen und Kasten in Nepal. Die Restauration der Demokratie hat gewirkt, als wäre ein Deckel gehoben worden: Alle Beschwerden und Rechtsansprüche, die bisher unterdrückt waren und die Forderungen von bisher marginalisierten Gruppen sind ans Tageslicht gekommen.

Seit Januar d. J. haben die Einwohner im Terai, dem engen Streifen der Grenzebene mit Indien, begonnen zu protestieren, weil sie sich seit Jahrhunderte von der in der Bergregion lebenden Regierungen diskriminiert fühlen. Sie fordern eine entsprechende Vertretung im Parlament und die Freiheit, ihre Interessen zum Ausdruck zu bringen.

Andere indigene Gruppen, die traditionell überhaupt nicht oder nur mangelhaft an den Regierungsinstitutionen beteiligt waren - meistens bildungsmäßig Benachteiligte, ohne Chancengleichheit - haben ebenfalls Streiks und Massendemonstrationen organisiert. Die im Kastenwesen ausgeschlossenen „Unberührbaren“ haben eine gerechte Vertretung in den

entscheidungsbildenden Prozessen verlangt. Das gleiche tat eine Gemeinschaft von Eingeborenen im Süden des Landes.

Nach dem sich die Maoisten schon am Ziel sahen, bereit in die Regierung einzutreten, müssen sie nun erfahren, dass auch sie die Lage im unruhigen Süden Nepals falsch eingeschätzt haben. Maoistische Kader wurden in zahlreiche Zusammenstöße mit aufgebracht Protestierenden verwickelt. Gewohnt, die Wahrheit der Revolution zu besitzen und sich mit Waffengewalt durchzusetzen, haben sie nun Schwierigkeiten, sich an die Prozesse des Parlamentarismus und der Kompromisse anzupassen. Noch mehr Schwierigkeiten werden sie haben, wenn sie erst an der Regierung beteiligt sind.

Die Maoisten haben wiederholt erklärt, dass sie nicht mehr zum bewaffneten Kampf im Dschungel zurückkehren würden, was höchstwahrscheinlich auch ehrlich gemeint ist. Da viele Kämpfer nun in Lagern unter Verwaltung der UNO leben und ihre Waffen in verschlossenen Containern verwahrt werden, scheint die Gefahr gebannt zu sein, dass sie wieder zu den Waffen greifen könnten. Die Sorge ist nun eher - falls kein politisches Abkommen zustande kommt, das die Forderungen der verschiedenen Ethnien befriedigt - dass sich ein neuer Krieg ausbreiten könnte, der noch gefährlicher wäre als der soeben gelöste.

Viele Beobachter sind sich darin einig, dass eine ethnische Föderation nicht funktionieren würde, schon alleine wegen der besonderen Verstrickungen der nepalesischen Nationalitäten untereinander. Allerdings meint man, dass eine föderale staatliche Struktur, mit einer dezentralisierten politischen Macht, aufgeteilt in lebensfähige geografische Einheiten, der einzige Weg wäre, dieses vielfältige und komplizierte Land zu regieren. Gegenwärtig steht die Regierung unter Druck, die verschiedenen Forderungen nach einer repräsentativen Vertretung der einzelnen Interessen zu verwirklichen, ja sogar die Grenzen zwischen den Wahlbezirken neu zu ziehen.

Je näher der erste Jahrestag des Sieges der Volksbewegungen in Nepal heranrückt, desto weniger Zweifel gibt es, dass man sehr rasch zu einem Kompromiss kommen muss, bevor ein weiterer Konflikt aus der Glut des zehnjährigen Krieges ausbricht.

COPYRIGHT IPS

(\*) Kunda Dixit, Chefredakteur der Tageszeitung "Nepali Times" in Kathmandu.